

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923

24.7.1923 (No. 169)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher Zeitung,
Straßenr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. A. M. e. n. d.
Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für Juli 28 500 M. — Einzelnummer 1200 M. — Anzeigengebühr: 1000 M. für 1 mm Höhe und ein Element Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatte, der als Kassenzahlung gilt und verworfen werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anläßliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beilegung und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherem Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verfehlt, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Die Verfassungsfeier am 11. August.

Das badische Staatsministerium hat in seiner Sitzung vom 21. Juli beschlossen, anlässlich der Verfassungsfeier den 11. August auf dem Verordnungswege zum Feiertag zu erklären. Die Regierung wird in Karlsruhe am Vormittag des 11. August eine größere Kundgebung veranstalten und die politischen Parteien zur Teilnahme hierzu einladen. Ebenso sollen in den übrigen Städten des badischen Landes die politischen Parteien im Einvernehmen mit den städtischen und kantonalen Behörden eingeladen werden, bereits am Vormittag ihrerseits Kundgebungen für die Verfassung zu veranstalten. Der Nachmittag und der Abend sollen, soweit es die Witterung zulässt, zu Musikaufführungen, sportlichen Veranstaltungen, Kinderfesten usw. vorbehalten bleiben. Die Leitung dieser Veranstaltungen werden wohl am besten die Gemeindeverwaltungen übernehmen und sich mit den dazu berufenen Vereinen und Körperchaften in Verbindung setzen.

* Nicht verzweifeln!

Wenn es denkbar wäre, daß die Menschen vor ihrer Geburt gefragt werden könnten, ob sie überhaupt geboren werden wollen und in dieser oder jener Zeit leben möchten, so würde wohl sicherlich ein sehr großer Teil des deutschen Volkes erklärt haben, daß er sich bestens bedanke, in eine Epoche hineingeboren zu werden, die an Sorgen und Mühsal, Kummer und Not so reich ist wie die jetzige. Aber die Menschen werden nun einmal nicht gefragt; sie werden sich eines Tages der Lasten ihres Erdenbürgerdaseins bewußt und haben sich von da ab recht und schlecht mit diesem Dasein abzufinden. Feige wäre es, sich dieser Auseinandersetzung mit dem Leben zu entziehen, und töricht wäre es, diese Auseinandersetzung durch Pessimismus zu erschweren.

Vor den Preis haben die Götter den Schweiß gesetzt. Und nur die Völker haben sich ihrer kulturellen und materiellen Ertragschancen auf die Dauer erfreuen können, die sich den Genuß dieser Güter in harter Arbeit, in Perioden der Entbehrung und der Not erworben haben. Dagegen hat sich noch immer die Gabe, die un-
verdient aus dem Füllhorn des Glücks einem Volke oder einem Menschen zuteil wurde, als ein Danaergeschenk erwiesen. Nicht umsonst lehrt die christliche Kirche, daß die Zeit der Not und der Kümmernis als eine Prüfung aufzufassen sei, durch welche hindurch der Weg zum wahren Glück führt. Und die christliche Kirche wird nicht müde, ihre Gläubigen zur Geduld und zur Ausdauer in der Stunde der Prüfung zu ermahnen.

Gebietet dem deutschen Menschen von heute der Selbst-
erhaltungstrieb und der christliche Gedanke die Pflicht zu geduldigem und tapferem Ausbarren, so fordert die vaterländische Idee diese Pflichterfüllung in wöchentlich noch höherem Maße. Mag die Bedrängnis der Zeiten für das deutsche Volk noch so groß sein, und mag diese Bedrängnis uns auch noch so viele Opfer auferlegen, so ist doch andererseits das Bewußtsein, heute im Kampf für die Existenz des eigenen Volkes das Höchste einzusetzen zu müssen, etwas sittlich Erhebendes und Beglückendes.

Mit Menschen, die in der Anbetung der Materie versunken sind und nur ein Ziel kennen, nämlich die skrupellose Befriedigung der Bedürfnisse des eigenen, zum Gott erhobenen Ichs, läßt sich natürlich über solche Dinge nicht debattieren. Und leider ist die Zahl derer, die dieser Anbetung der Materie und dieser Selbstsucht verfallen sind, nicht klein. Bezeichnenderweise stellen diese Volksgenossen aber gleichzeitig auch das Kontingent derer, denen es sogar heute noch immer sehr gut geht, denen die Not der Zeit ernstliche Beschwernisse nicht bereitet.

Der großen Mehrheit unseres Volkes aber ist gottlob das vaterländische Gefühl noch nicht abhanden gekommen. Sonst hätte unser Volk oft das, was es im letzten Jahrzehnt ertragen hat, nicht ertragen können. Und wenn heute überhaupt noch das Deutsche Reich besteht, und trotz aller Furchtbarkeiten der Tage der ernste Wille zum Aufbau und zum Aufstieg unerschütterter geliebt ist, dann verdanken wir das der Stärke des vaterländischen Gefühls. Diesen deutschen Volksgenossen, die wirklich des Vaterlandes Not und ihres Volkes Elend mitempfinden und mitempfindend zu teilen bestrebt sind, kann man nur immer wieder zu-

rufen: Verzweifelt nicht! Auch diese Prüfung wird einmal ein Ende haben, und aus ihr wird wieder ein Deutschland der Wohlfahrt und des Glücks hervorgehen! Es ist nicht der Sinn der Geschichte, daß das deutsche Volk zugrunde gehen soll. Und die Kräfte sind bereits am Werk, die sich zu Trägern des wahren Sinns der europäischen Geschichtsentwicklung gemacht haben.

Wenn diese tapferen und geduldbigen Massen des deutschen Volkes immer wieder darauf hindeuten, daß neben ihnen und unter ihnen Menschen wohnen, die sich um die Not des Vaterlandes auch nicht im geringsten kümmern und nur an die Interessen ihres Geldbottels oder an die Befriedigung ihrer Gellüste denken, so möchten wir ihnen dringend raten, sich durch den Anblick dieser Parasiten nicht irritieren zu lassen, sich nicht wandend machen zu lassen in der treuen Pflichterfüllung dem Vaterlande gegenüber. Diese Parasiten haben sämtlich ihren Rufm dahin. Des Lebens schönste Stunden sind ihnen verjagt, des Daseins höchste Güter bleiben ihnen verwehrt, und die Tempel der innerlichen Erhebung bleiben ihnen verschlossen. Sie führen ein Dasein, das nach außen hin großartig und prunkvoll zu sein scheint, das aber im Innern hohl und nichtig ist, und nur zu oft zur Rein wird dank jener Schicksalsschläge (wie z. B. Krankheiten), die das Gesicht meist als Korrektur gar zu großer, materieller Segnungen mitzubringen pflegt. Es ist falsch zu glauben, daß die Reichen, die Prasser und die Schlemmer, die Blutsauger am Leibe des Volkes wirklich glücklich wären. Sie sind es nicht! Schon allein die allgemeine moralische Verachtung macht ihnen das Dasein zur Hölle, einer Hölle, der sie dann durch neues Ertraffen und durch neues Verschmenden zu entkommen meinen.

Dies ist die moralische und gefühlsmäßige Auseinandersetzung, die wir allen vaterländisch und christlich empfindenden Volksgenossen empfehlen möchten. Für den Politiker, für den Staatsmann und den Gesetzgeber ist damit der Fall natürlich noch nicht erledigt. Für sie bleibt nachwievor die Pflicht bestehen, alles aufzubieten, um jenen parasitären Existenzweisen wenigstens ihr Handwerk nach Möglichkeit zu erschweren, sie unerschütterlich zu machen, wo man sie packen kann, und sie steuerlich so zu belasten, daß wenigstens ein Teil des dem Volke erprehten Geldes der Gesamtheit zugute kommt.

Diese Pflicht kann aber nur restlos erfüllt werden, wenn der Staat über die nötige Autorität verfügt. Ein Wahnsinn ist es deshalb zu nennen, daß oft gerade diejenigen, die am lautesten die Befähigung des Wuchers verlangen, ihrerseits am konsequentesten die Staatsautorität zu unterhöhlen versuchen. Die kommenden Zeiten, und zwar auch die Zeiten des von uns erhofften und erwarteten Wiederaufbaues, werden noch schwere innere Kämpfe um die Verteilung der Güter bringen. Dieser Kampf wird nur dann von Erfolg gekrönt sein, wenn sich in ihm alle die Schichten zusammenschließen, die unter der Macht des Reichtums und dem Übermut des Schmarozertums zu leiden haben.

Die Finanzpolitik des Reichs.

Die Reichsregierung beabsichtigt nun nach übereinstimmenden Meldungen ernsthafte Schritte in der Richtung einer Reform der Steuergesetzgebung. Sie will damit also, was ihre Pflicht ist, auch neue den Versuch unternehmen, der Inflation zu begegnen und vor allem den Eingang der laufenden Steuern in ein besseres Verhältnis zu den infolge der Geldentwertung katastrophal anwachsenden Ausgaben zu bringen. Ferner plant das Reich die Ausgabe einer inneren Goldanleihe, um das Bedürfnis weiter Volkstreu nach wertbeständigen Anlagen zu befriedigen. Am Reichsfinanzministerium finden zu diesem Zwecke gegenwärtig Verhandlungen statt, an denen auch Vertreter der Großbanken teilnehmen. Gebacht ist dabei zunächst einen nicht allzu hoch bemessenen Betrag in Goldmark, wobei die Einzahlung der Goldmarkanleihe in Papiermark oder in Saluta stattfinden würde, die Verzinsung hingegen ausschließlich in Papiermark zu geschähen hätte. Mit der Auslegung der Anleihe soll schon in nächster Zeit zu rechnen sein.

Die außerordentlich kritische Finanzlage des Reichs wird in einem dieser Tage in der „Frankf. Btg.“ erschienenen Artikel gekennzeichnet. Es heißt darin u. a.:

Die rasch fortschreitende Entwertung der deutschen Währung zwingen das Reich, in immer schärferem Grade die Hilfe der Notenpresse zur Bekämpfung seiner Ausgaben in Anspruch zu nehmen, weil die eigenen Einnahmen immer mehr hinter den wachsenden Ausgaben zurückbleiben. Sobald man hört, dürfte sich die schwebende Schuld des Reichs bis zum heuti-

gen Tage auf rund 40 Billionen erhöht haben. Der tägliche Zuwachs wird von einer Billion nicht mehr weit entfernt sein. Kein Land, auch nicht das mit der schlechtesten Währung, darf sich auf die Dauer die Finanzierung seines laufenden Haushalts durch die Notenpresse erlauben. Es war schon ein nicht wieder gutzumachender Fehler, daß man zu Anfang dieses Jahres glaubte, die Kosten der Ruhr-Abwehr mit der Notenpresse bestreiten zu können, und jeden ernsthaften Versuch, diesen Kampf auf dem Steuerwege zu finanzieren, von vornherein nunterließ. Nachdem nun auch die neue Stützungsaktion der Reichsbank mehr oder weniger mit einem Fiasko geendet hat, wie es der ersten Aktion beschieden war, scheint die Reichsregierung einzusehen, daß in den bisherigen Bahnen nicht weitergewirtschaftet werden kann. Sobald man hört, beabsichtigt die Reichsfinanzverwaltung, gegen den Herbst mit einer Reihe von Vorlagen an den Reichstag heranzutreten, um wenigstens einen Teil von dem nachzuholen, was bisher verfaßt worden ist.

Unter den Projekten der Finanzverwaltung dürfte eine Verschärfung der Vermögenssteuer in erster Reihe stehen, bei der aber nicht an eine Verschärfung der Tarife, sondern an eine Ausgestaltung der Bemessungsbestimmungen gedacht wird. Geplant ist auch eine bessere Anpassung der indirekten Abgaben an die Geldentwertung. Auch der Gedanke einer Kopfsteuer für die Finanzierung des Ruhr-Kampfes scheint von der Finanzverwaltung aufgetrieben worden zu sein; anscheinend will man bei den im Herbst fälligen Vorauszahlungen zur Einkommensteuer, vielleicht auch bei den Lohn- und Gehaltsabzügen, einen besonderen Zuschlag als „Ruhr-Steuer“ erheben.

All diese Projekte, die durchaus noch im vorbereitenden Stadium stehen, müssen jedoch den Zweck, dem sie gelten, verfolgen, wenn nicht zugleich Vorkehrungen dafür getroffen würde, daß der Veranlagungs- und Erhebungsapparat den neu an ihn heranretenden Aufgaben gerecht werden kann. Bis dahin kann nur eine innere Anleihe des Reichs helfen, und zwar nur eine in Papier einzuzahlende Gold-Anleihe. Es scheint, daß man in der letzten Zeit entschlossen ist, wenigstens den Versuch zu machen, eine Goldanleihe des Reichs herauszubringen. Die vielbesagte Passivität der Reichsfinanzverwaltung ist freilich nicht zum wenigsten in den schlimmsten Erfahrungen begründet, die sie selbst mit neuen Finanzprojekten im Reichstag in den letzten Monaten gemacht hat.

In einem anderen Artikel beschäftigt sich die „Frankf. Btg.“ mit der Währungspolitik der Reichsbank. Das Blatt führt aus:

Was die Reichsbank tut und was sie unterläßt, zeugt nicht von einer überlegenen Beherrschung der durch den Währungsverfall aufgeworfenen Probleme, es sind nur immer Einzelmaßnahmen, die, von einer momentanen Situation eingeleitet, mühselig bis zur nächsten Situation hinüberhelfen sollen. Das Ergebnis ist, daß sich tatsächlich unheilbare Zustände auf dem Devisenmarkt herausgebildet haben.

Es begann damit, daß für die Kursnotierung der fremden Valuten statt der lokal und zeitlich verschiedenen Kursfeststellungen ein Einheitskurs eingeführt wurde. Das war eine börsenrechtliche Maßnahme, die vielleicht manchen börsenrechtlichen Unbestimmtheiten abhelfen konnte, die jedenfalls für sich allein nicht sehr bedeutungsvoll war. Aber dann kam das Entscheidende: die Reichsbank regulierte diesen Einheitskurs, so daß er sich erheblich unter der Bewertung der Mark an den Auslandsbörsen hielt, sie setzte also gewissermaßen einen Höchstpreis für die Devisen fest. Und da dieser Höchstpreis künstlich gemacht und, an den Auslandsbörsen gemessen, zu niedrig war, so wiederholten sich nun alle die Erfahrungen, die wir mit solcher Höchstpreisfestsetzung während des Krieges überreichlich gemacht haben. Die Ware, in diesem Falle also die Devisen, wurde vom Markte verdrängt; das Angebot von Devisen wurde immer geringer, selbst die für gewisse Prozentsätze der Ausfuhrerlöse seit langem vorgeschriebene Finanzablieferung von Devisen verlagte. Die Nachfrage wurde deshalb nur ganz unzulänglich befriedigt, obwohl die Reichsbank für diese unglückselige Politik recht beträchtliche Teile ihres Goldbestandes verpulverte: so stieg die Nachfrage zahlenmäßig gigantisch an, weil jeder, der Devisen brauchte, in Erwartung einer bloß kleinen Zuteilung ein Vielfaches seines tatsächlichen Bedarfs anmeldete — diese Zuteilungen gingen auf 10, auf 5, auf 3, schließlich gestern auf 1/2 Prozent zurück, was bedeutet, daß man überhaupt zum Einheitskurs kaum Devisen mehr kaufen konnte, wie denn in der Tat am Donnerstag die Banken auf das ihnen angebotene Viertelprozent vollkommen verzichteten. Und an Stelle des so gänzlich lahmgelegten offiziellen Marktes entwickelte sich nach berühmten Mustern der Schleichhandels durch schwarze Börse im Inlande, vor allem durch Benutzung solcher Marktmärkte, die der zentralen deutschen Einflussnahme entzogen sind, wie Danzig, des Saargebietes und des besetzten Gebiets, auch des Schwanegels in den deutsch-schweizerischen Grenzgebieten. Die Reichsbank versuchte, dieser Notlage durch Einzelverschärfungen entgegenzuwirken. Sie verlangte schließlich von den Banken die Nennung der Kunden, die ihnen den Kauf aufgetragen hatten; sie suchte Konzernzeichnungen auszuschalten durch die Forderung, daß die Banken nur solche Aufträge weitergeben dürften, für die die Kaufsumme tatsächlich bei ihnen vorrätig wäre; sie ging dazu über, in dringenden Einzelfällen, wie für die Fetteinfuhr und ähnliches, die Nachfrage stärker zu befriedigen. Sie näherte sich also immer stärker der eigentlichen Devisenzentralisierung, die sie bis dahin stets verworfen hatte, weil sie, wie es hieß, einen neuen Apparat von mindestens 3000 Beamten erfordere und weil zudem schon die Befehle des deutschen Westens die wirkliche Durchführung einer Devisenzentralisierung unmöglich mache. Wir halten diesen letzteren Umstand auch heute noch für durchschlagend. Und wir sehen bisher nicht, daß die Reichsbank bisher irgendwelche Erfolge aufzuweisen hätte, die bei

von ihr selbst früher erhobenen Einwand widerlegen. Es ist nicht abzusehen, wie die Reichsbank genügende Devisenreserven (es gelangt ja nicht einmal der Absatz der Dollarschuldenleistungen) sollte erwirtschaften können, so lange sie sich darauf verweist, den Höchstpreis nahezu 50 Prozent unter dem Weltmarktpreis der Devisen künstlich zu halten. Der einzige Erfolg der bisherigen Methode ist, daß sie den Markt vollständig verwirrt und tatsächlich funktionsunfähig gemacht hat.

Es ist ausschließlich durch künstliche Mittel den Marktpreis künstlich niedrig halten zu wollen; auch eine Stützaktion, wenn sie über einen genügenden Devisenfondus verfügte, dürfte nur dahin zielen, übertriebene Schwankungen auszugleichen. Zur wirklichen Stützung der Mark, zur Verhütung immer weiteren Sturzes, gibt es nur ein Mittel: die Eindämmung der Inflation durch eine autarkische Finanzpolitik und durch eine vernünftige Disinflation (die durch plötzliche Verweigerung jeder Disinflation niemals erreicht werden kann) und als Hilfsmittel dafür die Ausgabe einer Reichsgoldanleihe, durch die unnötige Devisenaufkäufe und unnötige Warentransporte, die nur zu dem Zweck der Verhinderung vorgenommen werden, verhindert werden könnten.

Berlin, 23. Juli. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt, daß der Reichswirtschaftsminister die Reichsbank ermächtigt habe, Termingeschäfte in ausländischen Zahlungsmitteln und Dollarschuldenleistungen ohne Einhaltung der Einheitskurse abzuschießen sowie Devisenbanken zu gestatten, nach näheren Bestimmungen durch die Reichsbank für deren Rechnung Termingeschäfte abzuwickeln.

Politische Neuigkeiten. Französische Verzögerungstaktik.

Aus Paris werden nun Meldungen verbreitet, aus denen ersichtlich ist, daß man dort weiter bei der Verzögerungstaktik zu beharren gedenkt. Frankreichs und Belgiens Antwort auf die englische Note sollen zwar dem Wunsch Englands entsprechend vor dem 3. August, dem Tage des Beginns der englischen Parlamentsferien, in London eintreffen. Aber diese Antwort werde nicht den Abschluß des Meinungswechsels darstellen, sondern weitere Verhandlungen notwendig machen. Frankreich und Belgien werden wahrscheinlich einem Teil der englischen Anregungen zustimmen und die nach ihrer Auffassung unannehmbareren Teile ohne glatte Ablehnung in der Form von Gegenvorschlägen beantworten, so daß England sich gezwungen sehen wird, die Unterhandlungen mit den Vertretern fortzusetzen. Eine Entscheidung über die Beantwortung der deutschen Juni-note sei daher nach den in Paris vorherrschenden Ansichten vorwiegend für Mitte August zu erwarten.

Zunächst werde es jetzt zu einem Meinungswechsel zwischen den verbündeten Kanzleien, und zwar vor allem zwischen Paris und Brüssel kommen. Nach dem „Temps“ sei man in denjenigen Kreisen von Brüssel, denen hauptsächlich die rasche Einigung zwischen England und Belgien am Herzen liege, ziemlich optimistisch gestimmt. Dagegen äußere man sich sehr zurückhaltend in den Kreisen, die vor allem die Fortdauer der bisherigen französisch-belgischen Ruhepolitik wünschen.

Aus der englischen Antwort.

Der diplomatische Berichterstatter des Londoner „Observer“ schreibt, der Wortlaut des britischen Antwortentwurfs sei durchaus nicht engbündig und unabänderlich, sondern werde beträchtlich verändert werden können, entsprechend den Bemerkungen, die von den verschiedenen Empfängern eintreffen werden, vorausgesetzt, daß diese Bemerkungen die Hauptgrundsätze der britischen Politik unangestastet lassen. Man müsse sich klar sein, daß es einen Punkt gebe, über den hinaus es für die britische Regierung kein Kompromiß gebe. Gegenwärtig brauche man über die Haltung Frankreichs nicht unbedingt pessimistisch zu urteilen, im Gegenteil würden die Vorzeichen günstiger, sobald die Gründe zu dieser Annahme nicht auf konkreten Tatsachen beruhten, sondern vielmehr psychologischer Natur seien.

Der Berichterstatter macht über den mutmaßlichen Inhalt des Entwurfs folgende Angaben:

1. Das Angebot Deutschlands, sich der Entscheidung einer internationalen Kommission zu unterwerfen, wird grundsätzlich angenommen;
 2. das Angebot von Pfändern wird gewürdigt. Gleichzeitig wird angedeutet, daß die Frage, ob sie ausreichen oder auszubehnen seien, sorgfältig geprüft werden muß;
 3. bedingter und vorsichtiger Ratsschlag bezüglich der Zweckmäßigkeit der Aufgabe des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet.
- Aus der Mantelnote an Frankreich und die anderen Alliierten werden folgende Angaben gemacht:
1. volle Anerkennung des Anspruchs Frankreichs auf Reparationen;
 2. freundliche aber ungewisse Vorstellungen wegen Abänderung des Regimes im Ruhrgebiet;
 3. die Bereitwilligkeit wird ausgedrückt, die ganze Frage der Schulden der europäischen Alliierten im geeigneten Augenblick zu erörtern.

Zum Schluß schreibt der Berichterstatter des „Observer“, man erwarte keine Antwort von Paris vor Ende der Woche. Sollte aber der Reparationsstreit noch immer unregelt sein, wenn die Völkerversammlung am 3. September zusammentritt, dann würde der Streitfall bestimmt als dringende Angelegenheit auf der Versammlung vorgebracht werden. Die Erkenntnis dieses Umstandes werde Frankreich vielleicht veranlassen, seine Entscheidung zu beschleunigen.

Die Sonntagsrede Poincarés.

Paris, 23. Juli. Zu der Rede Poincarés, sagt das Blatt „Oeuvre“: Poincaré habe Lloyd George angreifen wollen und habe sich doch schließlich an seine Nachfolger gewandt. Es sei nicht Lloyd George gewesen, der sich geweigert habe, ins Ruhrgebiet mit einzumarschieren, sondern Bonar Law und es sei nicht Lloyd George gewesen, der Frankreich in diesem Augenblick finanzielle Schwierigkeiten bereite oder internationale Sachverständige vorschläge. Das sei Baldwin. Diesseits und jenseits des Kanals habe man sich geschworen, absolutes Stillschweigen über die laufenden Verhandlungen zu bewahren. Gewiß habe Poincaré dieses Stillschweigen nicht gebrochen, aber er habe sich doch beraten dadurch, daß er Worte aussprach, die man in London als eine Antwort wenigstens auf einige der englischen Vorschläge und als eine Abgabe ansehen müsse. Gewisse Leute behaupten, Poincaré sei ein großer Politiker andere bestreiten dies. Die Zukunft werde darüber entscheiden; aber jedermann sei sich darüber einig, daß Poincaré ein „detestabler“ (verabscheuenswerter) Diplomat sei.

Ein amerikanisches Gutachten über die deutsche Leistungsfähigkeit.

Das New Yorker Institut of Economic, zu dessen Mitgliedern der französische Präsident der Harvard-Universität Lowell, ferner der frühere Innenminister unter Wilson John Barton Payne und der bekannte amerikanische Bankier Paul W. Warburg gehören, hat ein Gutachten über die finanzielle

Leistungsfähigkeit Deutschlands erstattet. Das Ergebnis ist: Deutschland kann jetzt nicht zahlen.

In dem Bericht des Instituts wird festgestellt, daß die 26 Milliarden Goldmark, welche bisher von Deutschland gezahlt worden sind, vom Kapital und nicht vom Einkommen herrühren und daß kein Kapital außer der Papiermark mehr vorhanden ist. Die Alliierten sollen bedenken, daß sie ihren Kredit nicht eben und gleichzeitig aufbewahren können, und daß sie nichts erhalten werden, wenn sie Deutschland daran verhindern, Geld durch Exporthandel zu verdienen. Die Welt sollte verschließen dem deutschen Export fast alle Märkte. Deutschland hat nichts mehr als die Arbeitskraft seiner Arbeiter, die nur Papiermark verdienen, solange die deutschen Erzeugnisse nicht ins Ausland gelangen und mit fremder Valuta bezahlt werden können. Nur durch den Exportüberschuß können die jährlichen Zahlungen ausgeführt werden. Um Deutschland gefunden zu lassen, sind für 3/4 Milliarden Dollar Zahlungsmittel und Rohmaterialien, die jedes Jahr nach Deutschland geschickt werden müßten, notwendig. Um diese Summe bezahlen zu können, muß Deutschland die Erzeugnisse seiner Industrie exportieren dürfen, um von dem Überschuß seiner Reparationen zu zahlen. Der Bericht stützt sich nicht auf Beobachtungen von Juristen, sondern auf die sorgfältig zusammengestellten statistischen Ziffern, von denen viele aus dem feindlichen Lager stammen. Alle diese Zahlen sind nachgeprüft worden. Die Meinung der Sachverständigen, so schließt der Bericht, spricht in der Überzeugung, daß Deutschland bedeutende Opfer zur Erfüllung des Versäulter Vertrages gebracht hat.

Die Ruhrpolitik Frankreichs.

Paris, 23. Juli. Nach einer Sabotsmeldung aus Düsseldorf hat Le Troquer gestern die Kruppwerke in Segerath besichtigt, die am 2. Juli besetzt worden waren, um dort 21 000 Tonnen Kohle und 60 000 Tonnen Kohlen und Breifels zu beschlagnahmen. Wie das „Echo National“ am Tage vor der Abreise schon vorausgesagt habe, sei der Minister mit seiner Rundreise befriedigt. Der Minister behauptet, daß die im Ruhrgebiet vorhandenen Vorkräger auf 1 1/2 Millionen Tonnen zu schätzen sind, was reichlich genüge würde, um die Bedürfnisse der französisch-belgischen Metallindustrie bis Januar zu befriedigen.

Essen, 22. Juli. Der kommandierende französische General hat eine neue Verordnung über Brennstoffe erlassen. Danach ist der Besitz, die Herstellung, der Transport und der Handel mit Brennstoffen jeder Art, die für den Betrieb der Bergwerke und Steinbrüche nicht gebraucht werden, verboten. Brennstoffe, die regelmäßig für Bergwerke und Steinbruchbetriebe gebraucht werden, darf niemand ohne besondere Erlaubnis besitzen. Die zuzuteilenden Mengen an Brennstoffen werden von der französischen Besatzungsbehörde monatlich festgesetzt. Übertretungen werden mit Strafen bis zu fünf Jahren Gefängnis und 100 Millionen Mark bestraft.

Paris, 23. Juli. Gebas meldet aus Dortmund, daß die Metallwerke der Dortmunder Union ohne Zwischenfall besetzt worden sind.

Erier, 22. Juli. Nach einer Meldung der „Voss. Ztg.“ wurde in Erier ein taubstummes Kind, das nach dem Verlassen der Kirche in eine Abteilung französischer Soldaten hineingeriet, weil es die heranmarschierenden Truppen nicht gehört hatte, von einem Spahi durch einen Kolbenstoß auf den Kopf getötet. Ein Passant, der den die Abteilung führenden Offizier auf den Vorfall aufmerksam machte, wurde sofort verhaftet.

London, 23. Juli. Eine vom Büro der sozialistischen Internationalen einberufene Konferenz zur Erörterung der internationalen Lage, woran Adolf Braun-Deutschland teilnahm, beschloß, das englische Unterhausmitglied Shaw zu ersuchen, sich nach dem Ruhrgebiet zu begeben, um darüber zu berichten, welche Schritte möglich sind, um zu einer befriedigenden Lösung zu gelangen.

Köln, 23. Juli. Nach einer Meldung aus Düsseldorf soll der englische Rechtsanwalt und Abgeordnete der Arbeiterpartei im Unterhaus, Ratic Hastings, der sich zurzeit im Ruhrgebiet aufhält, auf Ersuchen der Essener Rechtsanwaltschaft sich bereit erklärt haben, einen deutschen Angeklagten vor dem französischen Kriegsgericht in Werden zu verteidigen. Der „Köln. Courant“ meldet, daß sich Deutschland bemühte, internationale Verteidiger, ja selbst französische Advokaten zu finden, um so stärker an die moralischen Gefühle Europas zu appellieren.

Köln a. Rh., 22. Juli. Die beiden französischen Soldaten wurden nicht von Gasmirt flücht allein aus den Fluten getretet, sondern derselbe wurde durch Oberleutnant d. R. vom früheren Pionier-Bataillon Nr. 14, Otto Anstett, in den Netzungsmaschinen unterstellt. Der Kommandeur des französischen Pionier-Bataillons in Straßburg, dem die beiden Soldaten angehörten, der Delegierte der Rheinlandkommission, sowie der Kommandant für den Brückenkopf Köln, General Michel, sprachen Anstett den Dank und Anerkennung aus. Das Gesicht, welches an die französische Behörde gesandt wurde, man möge als Äquivalent für die Tat den neulich zum Tode verurteilten sieben Deutschen das Leben schenken, wurde von Anstett ebenfalls mitunterzeichnet.

Der Ehrhardt-Prozess.

richtiger der Prozess gegen die Beschützerin Ehrhardts, die Prinzessin Margarete von Hohenlohe-Öhringen, die als einzige Angeklagte zugegen war, hat in Leipzig am Montag begonnen. Sie wird beschuldigt im November 1922 vor dem Untersuchungsrichter des Reichsgerichts falsche eideschwurartige Aussagen gemacht zu haben, um dem flüchtig verfolgten Kapitän Ehrhardt zu helfen und ihn der Verfolgung zu entziehen. Die Prinzessin hatte in München vor dem Untersuchungsrichter bezeugt, daß sie zwar Ehrhardt kenne, aber nicht wisse, wo er sich aufhalte und mit wem er in Beziehung stehe.

Die Prinzessin, die während des ganzen Krieges im Dienste der freiwilligen Krankenpflege stand, hat wie sie bei der Vernehmung angibt, Ehrhardt in Oberschlesien kennengelernt, wo er sich in der Umgebung des Schlosses ihres Oheims, des Herzogs von Ratibor, an der Bekämpfung der Polenunruhen beteiligte. Später hat sie ihn in Berlin wiederholt getroffen. Über den Kapp-Putsch und Ehrhardts Beteiligung an diesem will sie sich keine Gedanken gemacht haben. Im Dezember 1920 zog sie nach München, wo sie Verwandte hatte. In München habe sie Ehrhardt zufällig auf der Straße getroffen und ihm gesteht, sie zu besuchen. Die Angeklagte muß zugeben, daß sie sich mit Ehrhardt geduldet hat; das sei geschehen, um den Anschein zu erwecken, daß er mit ihr verhandelt sei. Sie hatte in Pasing bei München ein Haus gekauft u. nahm Ehrhardt als Untermieter unter dem Namen „Gugo v. Schwewe“ bei sich auf. Aus dem weiteren Verlauf der Verhandlung ergibt sich, daß die Angeklagte ganz im Sinn Ehrhardts gestanden hat. Der Mitangeklagte Student Lindig (der jedoch bei der Verhandlung nicht anwesend ist) hat ihr zugerebet, den Eid zu leisten.

Unter den Zeugen sagt Reichsgerichtsrat Dr. Mey, der als Untersuchungsrichter die Prinzessin vernommen und Ehrhardt verhaftet hat, aus, daß Ehrhardt, der ihn als „Schwewe“ zusammen mit der Angeklagten besuchte, als sein Küchengeld zusammengebrochen war, wütend ausgerufen habe: „Diese

Schwewe haben mich verraten.“ Das Schicksal der von ihm zum Falschheit verleiteten Prinzessin kümmerte ihn nicht, er mußte an seine Kavallerpflichten erinnert werden, der Dame, die er ins Angland gestürzt hatte, zu helfen. — Wichtige Aussagen macht der jetzige Oberpräsident Kosske über seine Erfahrungen mit Ehrhardt als Freikorpsführer und später beim Kapp-Putsch. Er glaube heute noch, daß bei dem Kapp-Putsch von einem bis ins Einzelne durchdachten Plan nicht gesprochen werden könne. General Kerder war ein Gegner der künftigen Pläne, monach er, Kosske, eine Diktatur annehmen sollte. Es könne nicht die Rede davon sein, daß Ehrhardt überzeugt war, solbatisch vorzutreten, wenn er Künftig folgte, da Kosske ihm den Oberbefehl entzogen hatte. Der Einmarsch Ehrhardts in Berlin läßt sich — so führt Kosske weiter aus — nur charakterisieren als eine militärische Meuterei. Es war Hochverrat, denn ich hatte vorher Gissa und andere Generale zu ihm geschickt, die ihn von seinem Plan abbringen sollten. — Nach weiteren Zeugenvernehmungen wurde die Verhandlung vertagt.

Aus Berlin wird amtlich mitgeteilt: Die Tagesgeschehnisse veröffentlicht eine Erklärung der sächsischen Nachrichtenstelle über die Vorgänge, die zur Flucht Ehrhardts geführt haben. Der Reichsjustizminister hat Veranlassung genommen, den Präsidenten des Staatsgerichtshofs um eine Mitteilung über die tatsächlichen Vorgänge zu ersuchen. Das Ergebnis wird der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden. Gegenüber der von der sächsischen Nachrichtenstelle gegebenen Darstellung ist schon jetzt folgendes hervorzuheben: Entschuldigungen, die der Präsident des Staatsgerichtshofs im Rahmen der ihm zustehenden gesetzlichen Befugnisse (§ 116 der Strafprozessordnung) über den Umfang der dem Untersuchungsgericht Ehhardt in der Haft aufzuerlegenden Beschränkungen getroffen hat, konnten die sächsischen Gefängnisbehörden nicht der Verpflegung überheben, den ihrem Gewächshaus anvertrauten Gefangenen den bestehenden Vorschriften gemäß sicher zu verwahren. Wäre dies geschehen, und nicht dem Gefangenen vor seiner Flucht derbotschwidrig Bewegungsfreiheit im Gefängnis ohne Aufsicht gelassen worden, so wäre die Flucht nicht möglich gewesen.

Zum Verbot des deutschen Katholikentages in Köln

durch die interalliierte Rheinlandkommission erläßt das Kölner Lokalkomitee eine Kundgebung, in der ausgeführt wird, daß die diesjährige deutsche Katholikentagsversammlung, als rein religiöse Veranstaltung ohne jede äußerliche Festlichkeit unter dem päpstlichen Motto: „Pax Christi in regno Christi“ zu einer außerordentlich glücklichen und gemächlichen Vorbereitung für Völkerverständigung und Völkerrfrieden gestaltet hätte. Es sei geradezu verhängnisvoll und tragisch, daß solche mit der diesjährigen Tagung verknüpften großen Hoffnungen zu Grabe getragen werden müssen. Das Lokalkomitee könne nun seine von vielen Untoten und Opfern begünstigten Vorbereitungsarbeiten nicht mehr fortsetzen. „Es gibt daher“ — so heißt es am Schluß der Kundgebung — „mit dem Ausdruck des tiefsten Bedauerns darüber, daß im besetzten katholischen Rheinland nicht einmal die Freiheit für religiöse Versammlungen unangestastet bleibt, während Kommunisten-Tagungen sogar im Ruhrbezirk stets unangestastet bleiben, hiermit bekannt, daß die 63. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands am 26., 27. und 28. August in Köln unmöglich gemacht ist.“

Nachklänge zum Fuchs-Machausprozess.

In einer offiziellen Mitteilung der französischen Sabotsagentur wird behauptet, daß Major Richard niemals Beauftragter der französischen Regierung gewesen sei. Weiter wird erklärt, Richard sei 1920 von den bayerischen Nationalsozialisten aufgefordert worden, nach München zu kommen, und habe dann als Privatmann in den Jahren 1922 und 1923 einige Reisen nach München gemacht. Er habe jedoch niemals mit der französischen Regierung zu tun gehabt. Richard wird natürlich nun von seinen Auftraggebern abgehängt. Wäre seine Mission geglückt, so wäre er in Paris ein gefeierter Held.

Im Urteil gegen die Hochverräter Fuchs und Genossen findet sich folgende bemerkenswerte Aufstellung über die französische Spionage in Deutschland: „Viele Deutsche haben keine Ahnung davon, daß im Pariser Ministerium des Äußeren eine riesengroße Spionagesentrale für das besetzte und unbesetzte Deutschland besteht, mit 5 großen Spionage-Hauptabteilungen für diplomatische, innerpolitische, militärische, technisch-industrielle und wirtschaftliche Spionage; daß Deutschland mit einem dichten Netz französischer Spione, Propagandisten und Verführer überzogen ist; daß auf deutschem Boden selbst große Spionageabteilungen, beispielsweise in Aachen eine Spionageabteilung mit einem hundertköpfigen Personal und einem eigenen Kurierdienst nach Paris bestehen; daß das unbesetzte Deutschland in neun norddeutsche und vier süddeutsche französische Spionagebezirke eingeteilt ist, welche ungeheurer Schaden — von allen Schäden wirtschaftlicher und sonstiger Art ganz abgesehen — allein in nationaler Beziehung durch die tägliche französische Verführung und diejenige ihrer Helfershelfer von der Art eines Dornen entsetzt, daß es nationale Pflicht ist, gegen diese französische Spionage anzukämpfen.“

Kurze Nachrichten.

Der Bezirk Nord- und Südbayern und die Pfalz des Deutschen Eisenbahnerverbandes haben in einer Konferenz in Nürnberg zu der Absicht der Bayerischen Volkspartei, die bayerischen Bahnen wieder vom Reich zurückzufordern, Stellung genommen und sich dagegen ausgesprochen. Die Abtrennung von der Reichsbahn würde in jeder Hinsicht schädlich wirken. Die Konferenz stelle sich auf den Boden der republikanischen Reichseinheit. Sie trete jedem Versuch, diese zu stören, mit aller Entschiedenheit entgegen.

Der Reichspräsident hat, um für die am Verfassungstage stattfindenden sportlichen Wettkämpfe eine besondere Anregung zu geben, einen Ehrenpreis für turnerische und sportliche Leistungen ausgesetzt. Er besteht in einer von dem Bildhauer Alfred Rode entworfenen Plakette, die auf der Vorderseite einen Adler in der natürlichen Form vor der aufgehenden Sonne und die Aufschrift: „Verfassungstag 1923“, auf der Rückseite einen Eichenzweig und die Worte „Ehrenpreis des Reichspräsidenten“ zeigt.

Der deutsche Reichspräsident hat in Hamburg das dort eingetroffene argentinische Schulschiff „Presidente Sarriento“ besucht. Er gab dabei der Hoffnung Ausdruck, daß die alte, in erster Zeit erprobte Freundschaft zwischen den beiden Ländern durch den Besuch erneut befestigt werde.

Die Zahl der deutschen Auswanderer ist in diesem Jahre groß gewesen. Die meisten gehen zu Verwandten und Bekannten, die in Nord- und Südamerika anständig sind.

Die Reichskreditgesellschaft bzw. Reichsgeldregulierungsgesellschaft hat mit der Handelsvertretung der russischen Sowjetrepublik in Deutschland ein Lieferungsverabkommen abgeschlossen, wonach Rußland der Reichsgeldregulierung 20 Millionen Rubel (ein Rub = 16 Reich) liefern wird. Die Lieferung soll bis Ende November beendet sein. Das Getreide wird deutschereis

in Ausübung der...
geschäftsbesorgung und ein wesentlicher Teil des Erfolges im
Leistungsbereich der...
Angelegenheiten angelegt werden.

Paul... haben nach dem bisherigen Ergebnis auf
dem Verbandstage der Metallarbeiter in Berlin die Kammer
wischen eine erhebliche Mehrheit erzielt. Bis Montag 12 Uhr
wurden 54 284 kommunistische Stimmen und 22 272
sozialistische Stimmen gezählt.

Der Reichsrat hat eine Vorlage über die Ausprägung von
100 Milliarden Mark in Tausend-Markstücken aus Aluminium
angenommen.

Bei den Breslauer Unruhen wurden insgesamt 129 Geschäfte
geplündert oder beschädigt. Das die Unruhen einseitig von
antifaschistischen Kreisen hervorgerufen worden sind, ist nicht
wahrscheinlich. Den Ausgang nahm die Bewegung jedenfalls
vom linksradikalen Lager.

Badische Webersicht.

Ein Aufruf der Bad. Zentrumsparlei.

Aus Anlaß des Abschlusses des Landtags veröffentlicht die
Zentrumsfraktion einen Aufruf an die Wähler, in dem es
heißt:

Wir stehen treu zum Reich! Je höher die Not, um so
treuer und fester zum gemeinsamen deutschen Vaterland!

Diese Verhältnisse fordern geschlossenste Einigkeit im ganzen
deutschen Volk. Darum Zurückstellung der Ständes- und
Kulturkämpfe, Zurückstellung auch der politischen Auseinander-
setzungen! Erscheinungen in verschiedenen Teilen des deutschen
Vaterlandes tragen dieser Forderung keine Rechnung, führen
leihen Endes vielmehr, gewollt oder ungewollt, zu inneren,
vielleicht blutigen Zusammenstößen! Wer solcherlei Politik in
der Not des Vaterlandes treibt, jagt es in das entschlossene
Gefäß, besetzt die Geschäfte der Feinde unseres Volkes. Mag
diese Politik betrieben werden von welcher Seite immer: das
Zentrum steht als eine christliche Verfassungskraft auf dem
Boden des legitimen Rechts, steht treu zur legitimen Regierung
und bekämpft mit allen erlaubten Mitteln die reichsgefährdende
Politik. Zum Zeichen dieser unserer Gesinnung wollen wir
nun auch überall dort, wo am 11. August Verfassungskämpfe
stattfinden, in großer Zahl teilnehmen und keinen Zweifel
darüber lassen, daß wir auf dem Boden des legitimen Rechts
stehen und alles dafür ablehnen, das etwa mit ungeschicklichen
Mitteln den Rechtszustand fördern und stützen wollte. Nicht
Anspruch nicht Mißvergehen nicht Bürgerkrieg retten Volk
und Vaterland, sondern Friede und Ordnung, Arbeit und
Opfer, die Erfüllung der Gebote Gottes und die Hilfe von
oben.

Genau, die Not ist groß und wird vielleicht noch größer werden.
Unsere Feinde wollen ja unser Verderben. Dagegen
kann es nur eine Haltung geben: Zusammenhalten, helfen, wo
und wie wir nur können; daß der Staat in der heutigen Zeit
trotz aller Einschränkungen schwere Opfer verlangen muß, ist
für jeden verständlich. Keine Regierung und keine Volkswirtschaft
kann davon befreien. Wie werden diese Opfer erst
aussehen, wenn innere Wirren, wenn der weitere Erfolg unserer
Feinde das Reich vernichten und das Land dem Feinde
ausliefern würden?

Diese Erwägungen führen zur gleichen Parole: Treu und
fest zum Reich, treu und fest zur Rechtsordnung, treu und
fest für Ruhe und Frieden.

Ein kommunistischer „Antifaschistentag“.

Die Kommunisten richteten unter dem 19. Juli eine Einladung
an die B.G.P.D., am Montag an einer Sitzung teilzunehmen,
die eine Demonstration am 29. Juli, einen sogenannten
Antifaschistentag vorbereiten sollte. Wie der Karlsruher
„Volkstempel“ mitteilt, wollten sie der Sozialdemokratie einen
Vertreter zugehen. Das sozialdemokratische Blatt schreibt
dazu:

Wir lehnen die Einladung ab und selbstverständlich wird
kein Vertreter der Sozialdemokratie zur Sitzung erscheinen.
In der Bekämpfung der Reaktion wird die Sozialdemokratie
die ihr geeignet erscheinenden Wege einschlagen. Wir werden
die Kommunisten an ihren Aktionen nicht stören, sie aber auch
nicht unterstützen und wir lehnen von vornherein jede Verantwortung
für Folgen ab, die aus einer kommunistischen Aktion
entstehen könnten. In ein gemeinsames Arbeiten mit den
Kommunisten ist zur Zeit nicht zu denken, am allerwenigsten,
wenn es sich um den Schutz der Republik handelt, da ja die
Kommunisten gleichfalls erklärte Gegner der demokratischen
Republik sind.

Der Branntweinausschlag.

Der Beirat der Reichsmonopolverwaltung hat in seiner
Sitzung vom 18. Juli 1923 folgende Beschlüsse gefaßt:

Der regelmäßige Verkaufspreis beträgt 140 000 M. für das
Liter Weingeist. Der Branntweinpreis beträgt 14 000 M.
für das Liter Weingeist. Der Unterschied zwischen dem
Branntweinverkaufspreis und dem Branntweinpreis
beträgt somit 126 000 M. Hiernach haben an Branntweinausschlag
für das Liter Weingeist fünfzig zu zahlen: Abbin-
dungsbehälter bis zu einer Jahreszerlegung von 3 Hektoliter
Weingeist (60 Proz.) 75 600 M., Verschlußbehälter bis zu
einer Jahreszerlegung von 4 Hektoliter Weingeist (50 Proz.)
63 000 M., Verschlußbehälter bis zu einer Jahreszerlegung
von 10 Hektoliter Weingeist (75 Proz.) 94 500 M. Die
neuen Preise gelten ab 19. Juli 1923.

Städt. Konzerthaus.

Daß „die lustige Witwe“ trotz ihres ehrwürdigen Alters
noch immer die Erfordernisse einer anständigen Operette
ausgiebig erfüllt, erwies ihre mehrmalige Wiederaufführung
vor einem stets gut besuchten Haus. Besonderen Reiz hatte
es, in mehreren Vorstellungen auch wieder A. Saccus als
Gast in der Hauptrolle zu hören; die vom gelanglichen Ge-
schickspunkt betrachtet kaum eine bessere Vertreterin finden
dürfte. Es will überhaupt viel heißen, daß man A. Saccus
Selbstleistung recht günstig beurteilen kann, ohne dabei in die
amaneurischen Lage zu kommen, doch etwas verurteilen zu
müssen, denn auch darstellerisch ergänzte sie die mehr auf ge-
mütvollte Sachen angelegte Partie durch temperamentvolles
Spiel äußerst glücklich, so daß das Interesse sich nicht nur auf
die beliebten, übrigens sehr schön und rein gesungenen Höhe-
punkte zu konzentrieren brauchte. Die sympathische Künstlerin
wurde lebhaft gefeiert, mit ihr auch die anderen schon bekann-
ten Solisten, die unter Kapellmeister E. Karls wirklich
guter Leitung dem liebenswürdigsten Produkt Schöars zu einem
starken Erfolg verhalfen.

Konzerthaus. Heute (Dienstag) und täglich gelangt Me-
erfolgreiche Operette „Die lustige Witwe“ zur Aufführung, jedoch
finden nur noch einige Aufführungen dieser Operette
statt. Als „Balencienne“ gastiert wieder Lotte Lange-Wale. —
Die nächste Operettenneubildung, die vorbereitet wird, ist „Die
blaue Mazur“ von Lehár.

Zur Jahrhundertfeier der badischen Wasser- und Straßenbaudirektion.

II.

Auf dem Gebiete des Wasserbaues hat die Oberdirektion
während der 100 Jahre ihres Bestehens ebenfalls eine
wichtige und umfangreiche Tätigkeit geleistet. Die geographischen
und hydrologischen Verhältnisse unseres Landes boten den
Wasserbauern ein reiches Arbeitsfeld, der Rhein, seine
größeren Nebenflüsse, der Bodensee erforderten umfangreiche
wasserbauliche Arbeiten, teils zum Schutze des Kulturlandes
und der Wohnstätten gegen Überschwemmungen, teils für
Zwecke der Schifffahrt und Fischerei. Allgemein bekannt ist
wohl die Bedeutung der nach den Plänen von Tulla in Gemein-
schaft mit Bayern und Frankreich ausgeführten großen
Rheinkorrektur zwischen Basel und der Hessischen
Grenze, die das Bild des Stromes vollständig verändert und an
Stelle des früheren verwilderten und vielfach gepöhlten und
geschwängelten Stromlaufes ein einseitiges, etwa 260 bis
300 Meter breites, vom festen Ufer eingefäßtes, in geradem
oder schwach gekrümmten Laufe hinziehendes Rheinbett ge-
schaffen hat, ein Werk der Ingenieurkunst, das in seiner wohl-
durchdachten, plan- und zweckmäßigen Ausführung wenige
seinergleichen hat. Das Unternehmen wurde mit der Er-
öffnung des Neuburger Durchstichs im Jahre 1818 begonnen
und mit der Kanalergänzung des Rheinfleimers Durchstichs
im Jahre 1861 in der Hauptsache vollendet. Die Kosten des
ganzen Unternehmens betragen, soweit der badische Anteil in
Frage kommt, rund 40 Millionen Mark, der Wert des durch
das Unternehmen gewonnenen Kulturlandes rund 6,8 Mil-
lionen Mark. Das zweite große Unternehmen auf dem Ge-
biete des Wasserbaues war die Niederrheinregulierung
und des Rheins zwischen Straßburg und Sonderheim,
welche nach dem Entwürfe des Baudirektors Honfessell aus-
geführt wurde und der Zweck hatte, eine auch bei Niederrhein
gut brauchbare Fahrstraße für die Großschifffahrt bis
Straßburg zu schaffen. Diese bedeutungsvolle Arbeit, die von
den drei Regierungen gemeinsam unternommen wurde, ist im
Jahre 1907 begonnen worden und ist heute im großen und
ganzen beendet, und zwar mit einem durchaus befriedigenden
Erfolge, so daß die Schifffahrt auf jener Strecke durch die
Regulierung eine bedeutende Förderung erfahren hat. Die
Dauerkosten der 85 Kilometer langen Regulierungsstrecke sind
im Entwurf zu rund 10 Millionen Mark veranschlagt.

Gegenwärtig nachdem diese beiden großen Unternehmungen
im wesentlichen zu Ende geführt sind, besteht die Tätigkeit der
Rheinbaubehörden in der Vervollständigung des Korrektions-
werkes und der Regulierung, in der Unterhaltung der be-
stehenden Bauten sowie in den für die Schifffahrt erforderlichen
Baggerungs- und Arbeiten in der von der Regulierung nicht
berührten Strecke unterhalb Sonderheim, ferner in der Unter-
haltung der Dammbauten und Pflege der rückliegenden
Ufer und des Vorlandes. Seit dem am 1. April 1921 erfolgten
Übergang der Schifffahrtsstrecken auf das Reich werden die
Arbeiten für die Schifffahrtsstrecke am badischen Rhein, Neckar
und Main durch die badischen Wasserbaubehörden für Rechnung
des Reiches und unter der Oberleitung des Reichsver-
kehrsministeriums ausgeführt. In der Schiffbarmachung des
Rheins zwischen Basel und Straßburg, welche bekanntlich
einen wichtigen Gegenstand der Verhandlungen der Rhein-
schiffahrtzentralkommission war und welche der Gegenstand
eines heftigen Wettbewerbes zwischen den Projekten der be-
teiligten Länder, der französischen Seidenland, der Kanali-
sierung und Regulierung bildet, ist in jüngster Zeit insofern
ein wesentlicher Schritt getan worden, als auf Wunsch der
schweizerischen Eidgenossenschaft die Vorarbeiten für den Aus-
bau einer Regulierungsstrecke von Breisach aufwärts durch
das Rheinbauamt Freiburg in Angriff genommen worden
sind. Für die Schiffbarmachung des Rheins von Basel bis
in den Bodensee wird zurzeit auf Grund eines Abkommens
mit der Schweiz ein ausführlicher Entwurf aufgestellt,
wobei eine besondere Abteilung bei der Wasser- und Straßen-
baudirektion gebildet wurde.

Was die wasserbaulichen Arbeiten in den größeren Neben-
flüssen des Rheins und des Neckars betrifft, nämlich Mutach,
Schuch, Wiesle, Elz mit Dreifam, Kinzig, Rensch, Mügg, Eng
mit Ragob und Würm, so sind diese in den letzten 100 Jahren
unter Leitung der Wasser- und Straßenbaudirektion zum
größten Teil einer planmäßigen und durchgreifenden Korrek-
tion unterworfen worden, die früher unregelmäßig und gefahr-
bringenden Aufstößen wurden in ein festes Bett gefaßt und
der Hochwasserablauf durch Dämme begrenzt. Der Erfolg
dieser Bauten, auf deren Einzelheiten hier leider nicht eingegan-
gen werden kann, ist sehr befriedigend, da der Schutz gegen
Uferangriffe und Überschwemmungen größtenteils erreicht ist,
das Talgelände gesichert und der landwirtschaftlichen Be-
nutzung zugänglich gemacht wurde. (Fortsetzung folgt.)

Kurze Nachrichten aus Baden.

DZ. Fürsorge des Bauernvereins für die Hagelbeschädigten.

Durch das Hagelwetter des letztvergangenen Sonntags ist,
wie bereits berichtet, in den Bezirken Breisach und Lahr schwere
Schäden angerichtet worden. Ein halbseitiges Unwetter
hat alle Hoffnungen und die finanzielle Grundlage für die
nächste Ernte zerstört. Die meisten betroffenen Landwirte ha-
ben nicht mehr das Mehl für den eigenen Bedarf und auch
kein Geld, um solches zu kaufen. Hier hat der Bauernverein
mit rascher Belieferung und Kreditgewährung sofort eingegriffen
und durch seinen Präsidenten Staatsrat Weisshaupt die badische
Regierung über die Tragweite des Unfalls unterrichten lassen.
Leider wird wie früher schon wieder die Wahrnehmung ge-
macht, daß geschäftstüchtige Handelsleute versuchen, den be-
troffenen Landwirten ihr Vieh abzukaufen. Bei den teuren
Futtermittelpreisen läßt sich mancher Landwirt zur Herausgabe
bewegen, was er später bitter bereut. Der badische Bauern-
verein warnt daher eindringlich vor derartigen überstürzten
Viehkäufen.

Heidelberg, 21. Juli. Der Bürgerausschuß genehmigte eine
neue Leihen- und Friedhofordnung. Darnach gibt es nur
noch drei Bestattungsklassen, bei Bestattung in der 3. Klasse
liefern die Stadt an Unmittelte einen Einheitsatz gratis.
Für diejenigen, die den Satz für ihre verstorbene Angehörigen
bei den zur Zeit geltenden unerschwinglichen Preisen noch
begahlen können, berechnet die Stadt nur die Selbstkosten.
Weit über eine Milliarde beträgt die Summe, die für die
Durchführung dieses Beschlusses gebraucht wird. Sie wird
durch Umlage erhoben.

DZ. Pforzheim, 23. Juli. Der Streit im Baugewerbe ist be-
endet. Die Arbeit wurde heute wieder aufgenommen. Für die
Maurer wurde ein Stundenlohn von 26 000 M. für die
neue Lohnwoche festgelegt.

Wahl, 19. Juli. Vor einigen Tagen hielt die Rindvieh-
züchtergenossenschaft Wahl in Ottersweier eine außerordentliche
Generalversammlung ab. Der Vorsitzende, Bezirksleiter Dr. Weiler
betraute die Erledigungen und sprach in längerer Ausführ-

Landwirtschaftsrat A. Küber vom Verband badischer landwirt-
schaftlicher Genossenschaften Karlsruhe referierte über genossen-
schaftliche Fragen. Bei den vorgeschlagenen Wahlen wurde an
Stelle des ersten Vorsitzenden Bürgermeister Sauer-Schwarzach
und an dessen Stelle Bürgermeister Eitknecht-Roos in den
Vorstand gewählt. Von der Diskussion wurde lebhaft Gebrauch
gemacht. Um 6 Uhr schloß der Vorsitzende die schon verlaufene
Versammlung.

DZ. Offenburg, 22. Juli. Am Freitag nachmittag kam es
vor dem Hause des Milchhändlers Rittermayer in der Bauern-
gasse zu Ausschreitungen. In seinem Verkaufsgeschäft sollte
die Butter über Tagespreis verkauft worden sein. Der kom-
munistische Stadtverordnete Alfred Bäß forderte mit seinem
Anhang die Öffnung des Geschäftes. Frau Rittermayer er-
klärte, ihr Mann sei zum Fischen fortgegangen. Das Haus
wurde regelrecht belagert. Rittermayer kam schließlich in den
Dof, die Menge hob das Postor aus und drang ein. Ritter-
mayer wurde bei dem Zusammenstoß verletzt und schließlich
wurde er von dem Stadtverordneten Bäß unter Begleitung
einer großen Menge zur Staatsanwaltschaft geführt und um
7 Uhr abends wieder zurückgebracht. Die Kommunisten sperren
während dieser Zeit die Straße bei der Wirtschaft Rundingers
ab. Nach einer Mitteilung des Ortsausschusses des Allge-
meinen Deutschen Gewerkschaftsbundes soll Rittermayer am
Mittwoch abend mit seinen beiden Söhnen und anderen Män-
nern in der Brauerei Munder die Gewerkschaftsangehörigen
Stängel und Kreidler überfallen und verletzt haben. Die
Sache ist zur Kenntnis der Staatsanwaltschaft gebracht worden.

DZ. Freiburg i. Br., 23. Juli. Nach wochenlanger Vorarbeit
wurde hier das erste oberrheinische Kirchenmusikfest in der St.
Martinskirche am Samstag und Sonntag abgehalten, das
einen guten Besuch aufwies. Die Leitung lag in den Händen
Franz Philipps, der von einer Reihe ausstrahlender Solisten,
dem Kirchenchor St. Martin, dem Orchesterverein und Mitgliedern
des hdt. Orchesters in seinen Bemühungen wirkungsvoll un-
terstützt wurde, einen Überblick über die Kirchenmusik von ver-
schiedenen Zeiten und Stilrichtungen zu geben. Die im Laufe
der letzten Jahre vom Kirchenchor St. Martin geschaffenen
Werke konnte nochmals im Zusammenhang nachgeprüft wer-
den. Das Fest wird ein leuchtendes Merkmal oberrheinischer
Musikbetätigung stets bleiben.

DZ. Badenweiler, 19. Juli. Am kommenden Freitag wird
auf der Naturbühne als erste Operettenaufführung die bria-
tische Operette „Der Vetter aus Dingsda“ in Szene gehen.

DZ. Muggen, 20. Juli. Die zurzeit hier wieder tätige Re-
lauskommission hat anscheinend an dem vorigen Jahre auf-
gefundenen Reklamerwerb im Letzen b. Sach neue versuchte Re-
klame aufgefunden. Allerdings ist die Zahl derselben bisher
noch gering.

DZ. Donaueschingen, 23. Juli. Heute früh morgens stieß im
Bahnhof Donaueschingen der von Willingen her einfahrende
Güterzug 8674 mit der rangierenden unbesetzten Ausrüstung
des um 4,30 Uhr abgehenden Personenzuges 1409 zusammen,
wodurch die Lokomotive beider Züge beschädigt und 4 Wagen
aus dem Geleise genorfen wurden. Der früh 4,30 Uhr fällige
Personenzug 1409 mußte deshalb auf der Strecke Donaues-
chingen-Willingen ausfallen. Betriebsstörungen sind keine
vorgekommen.

DZ. Überlingen, 19. Juli. Das Postamt Überlingen und die
Postagentur Bodman führen künftig für postalische Zwecke
die zusätzliche Bezeichnung „Bodensee“.

DZ. Gersbeuren (Amt Überlingen), 19. Juli. Zwei Kinder
eines hiesigen Landwirts halten auf der Wiese Herbststiefeln
gesessen und waren unter schweren Vergiftungserscheinun-
gen erkrankt. Infolge eines schnellen und richtigen Ein-
griffes des Arztes befielen sich beide Kinder bereits auf dem
Wege der Besserung, als in einer Nacht ein Kollaps zwei Fen-
ster der Wohnung, in dem die Kinder lagen einwarf. Durch
den erlittenen Schreck traten bei einem der Kranken Kinder
Lähmungserscheinungen ein, die nach kurzer Zeit zum Tode
führten.

DZ. Konstanz, 21. Juli. In der vergangenen Woche hatte in
Wiel die Generalversammlung der Mittelburgbahn-Gesellschaft
stattgefunden, an der von der Stadt Konstanz, die eine Haupt-
aktionärin der Gesellschaft ist, der Vizepräsident des Verwal-
tungsrates, Oberbürgermeister Dr. Weisle und Kommerzien-
rat Dr. Stiegeler teilnahmen. Bei dieser Gelegenheit hat der
Präsident des Verwaltungsrates, Nationalrat Dr. von Sirens,
die Vertreter der Stadt Konstanz mit besonderem herzlichen
Worten begrüßt. Er gab der aufrichtigen Teilnahme über das
schwere Geschick des deutschen Volkes Ausdruck und der Ent-
scheidung über das den Aufbau ganz Europa stützende, recht-
widrige Verhalten der Franzosen. In seinen Dankesworten be-
tonte der Oberbürgermeister von Konstanz, daß es erfreulich
sei, zu sehen, daß es noch Neutrale gäbe, die sich den Mut bewahrt
hätten, ihre Überzeugung auszusprechen. — Das gütliche Ge-
schäftsergebnis im Jahre 1922, das das beste seit Bestehen der
Bahn war, läßt hoffen, daß in künftigen Jahren Dividenden zur
Verteilung gelangen, worauf bisher die Geschäftsführung ver-
zichtet hat, um zuerst die innere Kraft der Gesellschaft zu stär-
ken.

Aus der Landeshauptstadt.

Im großen Saale des Friedrichshofes fand Samstag abend
eine öffentliche Versammlung des Demokratischen Vereins
statt, wobei Reichstagsabgeordneter Dr. Dietrich über das
Thema „Sechs Monate Aufrüstung“ sprach. Er betonte, daß
jene Recht behielten, die vor blindem Optimismus warnten,
in der Überzeugung, daß uns ein sehr steiniger Weg bevorsteht.
Er schilderte eingehend die politische Situation zwischen Frank-
reich und England. Möglicherweise komme hinter unserm
Rücken wieder ein Kompromiß zustande. Wir müssen vor allem
vorbereitet sein, um im bestimmten Augenblick mit Vorschlägen
aufwarten zu können. Sind wir dazu außerstande, so steht
für uns die Partie äußerst ungünstig. Unserem Währungs-
elend, das uns die Zeit mit unfruchtbarer Hin und Her über
Lohnverhandlungen, Anber, Preisgestaltung usw. verdröheln
läßt, muß endlich ein Niegel vorgeschoben werden, wenn nicht
unsere Wirtschaft voll verlobben soll. Wir brauchen einen
festen Wertmesser, sei es nun die Goldmark, die Weizenmark
oder eine andere Mark. Nur dann können wir mit Aussicht
auf Erfolg an den Verhandlungstisch treten. Russische Ver-
hältnisse vertragen ein Industriejahr von 60 Millionen nicht.
Geben wir eine feste Rechnungsmark, so kann dies auch für den
Steuerfädel nur von Vorteil sein. Ohne eine feste Währung
können wir der Entente nicht folgen; das was wir versprechen,
bermögen wir auch zu halten! Heute mühten wir uns da-
rüber klar sein, daß die Unterzeichnung des Versailles
Vertrages ein Fehler war. Schlimmer als heute hätte es
auch nicht kommen können. Aus dem Ruhrkrieg, schloß der
Redner, habe man wenigstens das eine gelernt, daß weite
Kreise unseres Volkes, insbesondere auch innerhalb der Ar-
beiterklasse davon durchbringen sind, daß nur das Reich der
Boden ist, auf dem wir leben können. Wir müssen unser
nationales Bewußtsein stärken und bereitwillig Opfer bringen.
Das sind wir unsern Willenen im Weltkrieg und den Ruhr-
kämpfen schuldig.

70. Geburtstag. In geistiger und körperlicher Frische konnte am Montag der in weiteren Kreisen bekannte Oberfaktor G. Dannheimer (Firma G. Braun, G. m. b. H., vormalig G. Braunsche Hofbuchdruckerei & Verlag) seinen 70. Geburtstag begehen. An seinem geschmückten Arbeitsplatz fand am Vormittag eine kleine Gratulationsfeier statt, bei welcher ihm unter entsprechenden Worten sowohl von der Geschäftsleitung als auch von seinen Kollegen Erinnerungsgaben überreicht wurden. Am Abend trachteten ihm hiesige Musikfreunde ein Ständchen.

DZ. Zollpflichtige Briefsendungen nach der Schweiz. Für die Verwendung zollpflichtiger Waren in Briefsendungen nach der Schweiz gelten fortan zum Teil neue Bestimmungen, die demnächst den Postanstalten zugehen werden, die auch nähere Auskunft erteilen.

Der Süddeutsche Fußballverband hielt am Samstag und Sonntag in Karlsruhe seinen diesjährigen Verbandstag ab, der einen recht unerquicklichen Verlauf nahm. Nach endlosen Debatten und persönlichen Auseinandersetzungen trat die alte Vorstandschaft in ihrer Gesamtheit zurück. Die Frage des Spielsystems beanspruchte das Hauptinteresse des zweiten Tages. Schließlich wurde die Frage, ob das Spielsystem verhandelt werden solle, verneint, da es den Freunden für eine Neuordnung des Spielsystems nicht gelang, die erforderliche Zweidrittelmehrheit aufzubringen. Die Angelegenheit des Spielsystems wird dem neuen Vorstand überlassen. Als Ort für den nächsten Verbandstag wurde Wiesbaden gewählt. Die Wahl des neuen Vorstands ergab folgende Besetzung: Dr. Schröder-Karlsruhe (1. Vorsitzender), Schindel-Worms (2. Vorsitzender), Hirtl-Fürth (Schatzmeister) und Dr. Glaser-Freiburg (Spielwart). Das Länderwettbewerb Zentral-Schweiz-Süddeutschland, das Sonntag nachmittag eine große Zuschauermenge nach dem Rhön-Stadion gelockt hatte, blieb mit 3:3 Toren unentschieden.

Staatsanzeiger.

Bekanntmachung.
Die Apotheke in Steinen betr.
Dem Apotheker Theodor Bock in Überlingen wurde die persönliche Berechtigung zum Betrieb der Apotheke in Steinen (Amt Werdach) verliehen.
Karlsruhe, den 14. Juli 1923.
Der Minister des Innern.
Remmle. Müller.

Bekanntmachung.
Die Erlaubnis einer Apotheke in Durlach (A. Apotheke).
Dem Apotheker Ernst Gramann von Lengkirch wurde die persönliche Berechtigung zum Betrieb einer neu zu errichtenden selbständigen Apotheke in Durlach verliehen.
Karlsruhe, den 14. Juli 1923.
Der Minister des Innern.
Remmle. Müller.

Personeller Teil.

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der Planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern.

Ernannt:
die Polizeiaffizienten Friedrich Brunkhorst in Karlsruhe und Adolf Ganz in Mannheim zu Polizeisekretären.
Kriminalassistent Paul Stalhammer in Forzheim zum Kriminalsekretär.

Berufen:
Verwaltungssekretär Gustav Schweizer beim Bezirksamt Engen zu jenem in Emmendingen.
Surrogatsekretär auf Ansuchen:
Anstaltsdirektor Geh. Med.-Rat Dr. Karl Haardt in Emmendingen.

Justizministerium.

Ernannt:
Gerichtsdirektor Paul Bock beim Landgericht Konstanz zum Gerichtsoberverwalter, Kanzleisekretär Franz Maurer beim Rotariat Emmendingen zum Justizassistenten, Kanzleisekretär Florian Decker beim Rotariat Altenheim zum Kanzleiaffizienten, Aufseher Otto Fuchs beim Zuchthaus Bruchsal zum Küchenmeister.

Berufen:
Justizobersekretär Karl Pfendbach beim Rotariat Bruchsal zum Amtsgericht daselbst, die Justizassistenten Albert Müller beim Rotariat Säckingen zum Rotariat Willingen und Egon Keller beim Amtsgericht Willingen zur Staatsanwaltschaft Waldshut.

Ministerium des Kultus und Unterrichts.

Ernannt:
Lehrpraktikant Dr. Walter Maier zum Professor an der Goetheschule in Karlsruhe.

Berufen:
Professor Heinrich Reuß an der Goetheschule in Karlsruhe an die Helmholz-Oberrealschule daselbst, Professor Otto Gädle an der Helmholz-Oberrealschule in Karlsruhe an die Goetheschule daselbst, Professor Dr. Hermann Leininger am Lehrerseminar I, Karlsruhe, an die Goetheschule daselbst.

Entlassen auf Ansuchen:
Professor Wilhelm Föhner an der Lessingsschule in Mannheim.

Ministerium der Finanzen.

Fortstabelle.
Berufen:
Forstamtmann Eugen Bess in Konstanz zum Forstamt Oberweiler.

Entlassen auf Ansuchen:
Forstamtmann Wilhelm Brandenburg in Mannheim, Forstamtmann Werner Rühlhauer in Wertheim.

DISCONTO - GESELLSCHAFT BERLIN

Der Geschäftsbericht für das Jahr 1922 ist erschienen und kann durch unser Archiv und unsere Niederlassungen auf mündliche oder schriftliche Anforderung kostenlos bezogen werden

Zahlreiche Zweigniederlassungen in Deutschland
Bankmäßige Geschäfte aller Art

Wertpapiere

Aktien, Gutscheine, Notgeld
in einfacher und künstlerischer
Ausführung.

G. Braun, G. m. b. H., Karlsruhe i. B.

Karlsruherstr. 14. Fernruf 953, 954

Köchin sowie ein Zimmermädchen

das nähen und bügeln kann bei sehr hohem Lohn.
Zuschreiben mit Zeugnissen und möglichst mit Bild erbeten an Frau Fabrikbesitzer Julius Umbach, Randern (Baden).
Reisekosten werden vergütet.

L.02. Schwelgen. In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma H. Radner & Co., Cigarrenfabrik in Brühl hat der Gemeinsschuldner den Antrag gestellt, das Konkursverfahren gemäß § 202 Abs. 1 S. 2. einzustellen. Die Erklärungen der Gläubiger sind auf der Gerichtsschreiberei niedergelegt.
Schwelgen, den 23. Juli 1923.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Aufgebot.
L.77.21. Offenburg. Der Landwirt Josef Fiegel in

Goldscheuer als Bevollmächtigter der Katharina Fiegel geb. Fischer in Goldscheuer, hat beantragt, den verstorbenen Josef Fischer, Müllergehilfe, zuletzt wohnhaft in Rittersburg, für tot zu erklären. Der Verzeichnete wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf Dienstag, den 6. Februar 1924, vormittags 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gerichte anberaumten Aufgebotsstermin zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird. An Alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verstorbenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotsstermin dem Gericht Anzeige zu machen.
Offenburg, 14. Juli 1923.
Amtsgericht I.

In der Gesellschaftsversammlung vom 16. Juli 1923 wurde die **Auflösung der Badischen Lortzgewinnung G.m.b.H.** beschlossen. Die Gläubiger der Gesellschaft werden gemäß § 63 des G. m. b. H.-Gesetzes aufgefordert, sich bei dem unterzeichneten Liquidator zu melden.
B.634.3.2.
Schreiber, Bauobertsekretär, Kulturbauamt Konstanz.

si b. J. vormittags 9 Uhr, im Schützenhaus Karlsruhe ca. 900 fm Forsten- und Fichtenrundholz und ca. 260 fm Eichenstammholz, Laubholz, Kieferholz, Masten und Astkanten durch das Forstamt L.76 Überlingen. L.80

Neubesetzung des Kreisbezirks VIII hier betreffend.
Der Kreisbezirk Mannheim VIII, umfassend Redarstadt, westlich der Vorhing-, Waldhof-, Lungenberg- u. Gewandstraße sowie den Industrieplätzen und die Friesenheimer Insel, muß infolge des Ablebens des Inhabers neu besetzt werden. Bewerbungen für diesen Bezirk sind innerhalb vier Wochen vom Erscheinen dieser Bekanntmachung an schriftlich unter Beifügung der vorgeschriebenen Zeugnisse beim Bezirksamt Mannheim einzureichen.
Mannheim, 18. Juli 1923.
Bad. Bezirksamt Abt. V.

Tarifserhöhung.
Infolge Erhöhung der Fahrpreise bei der Straßenbahn Karlsruhe werden die Fahrpreise im Gemeinschaftsverkehr Albtalbahn-Stadt, Straßenbahn Karlsruhe zum 26. Juli 1923 erhöht. B.646
Zum 1. August 1923 treten Tarifserhöhungen im Personen-, Gepäc-, Gepäck-, Milch-, Güter- und Tierverkehr bei unseren Nebenbahnen in Kraft. Auskunft erteilt unser Verkehrsbüro.
Karlsruhe, 23. Juli 1923.
Bad. Lokal-Eisenbahnen, A.G.

Binnentarif der Albtalbahn.
Zum 1. August 1923 ab wird die Gültigkeitsdauer bei Fahrscheindruckern im Binnerverkehr der Albtalbahn und im Gemeinschaftsverkehr Albtalbahn-Stadt, Straßenbahnen Karlsruhe von 3 Monate auf 1 Monat herabgesetzt.
Karlsruhe, 23. Juli 1923.
Badische Lokaleisenbahnen, A.G. B.647

Ab 1. August 1923 werden sämtliche Frachten im Güter-, Tier- und Erzeugnisverkehr, ebenso die Nebengebühren und die örtlichen Gebühren um 150 v. S. erhöht.
Die Erhöhungen werden teils durch Neuausgabe von Tarifen, teils durch Tarifnachträge durchgeführt. Nähere Auskunft erteilt das Güterverkehrsamt der Reichsbahndirektion.
Die verkürzte Befristung der Tarifserhöhung ist auf Grund der vorübergehenden Änderung des § 6 der Eisenbahn-Verkehrsordnung (RGBl. 1914 S. 455) genehmigt.
L.95
Karlsruhe, 22. Juli 1923.
Reichsbahndirektion.

Große Deutsche Kunstausstellung Karlsruhe 1923

Wegen dringender baulicher Ausbesserungen ist die Kunstausstellung von heute bis einschließlich Samstag, den 28. Juli geschlossen. B.645
Wiedereröffnung: Sonntag, den 29. Juli, vorm. 10 Uhr

Rheinische Creditbank Mannheim.

Bilanz vom 31. Dezember 1922.

Activa.	h
Kasse, fremde Geldsorten, Zinsguthaben und Guthaben bei Noten- und Abrechnungs-Banken	2113265425
Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen	6878605418
Kontoguthaben bei Banken u. Bankfirmen	21106766801
Reports und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere	906954962
Vorzugskauf auf Waren und Warenbesicherungen	264564957
Eigene Wertpapiere	417497519
Konfortialbeteiligungen	168164332
Dauernde Beteiligungen bei Banken und Bankfirmen (einschl. A. 5 000 000.— Dotation der Mannheimer Bank)	15000000
Dauernde Beteiligungen bei anderen Unternehmungen	1202696
Debitoren in laufender Rechnung:	
a) gedeckt	5733532720
b) ungedeckt	9127182891
Abval- und Bürgschaftsdebitoren	A. 6 153 977 428
Bankgebäude	28414610
Sonstige Immobilien	42862937
	46864015288
Passiva.	h
Aktienkapital	240000000
Gesetzliche Reserve	50089965
Außerordentliche Reserve	22000000
Kreditoren	44867434945
Altspe und Schecks	274493140
Abval- und Bürgschaftsverpflichtungen	A. 6 153 977 428
Noch nicht eingelöste Dividenden	445828
Reingewinn	1409551410
	46864015288

Gewinn- und Verlust-Rechnung vom 31. Dezember 1922.

Zoll.	h
Handlungs-Ankosten	2072517975
Steuern	302256331
Reingewinn	1409551410
	3784325716
Gaben.	h
Vortrag von 1921	1000000
Wechsel und Zinsen	1938005753
Wertpapiere und Konfortialbeteiligungen	370868518
Zinsguthaben und Sorten	385416234
Provisionen	108903211
	3784325716

Die Generalversammlung vom 17. Juli ds. J. beschloß folgende Gewinnverteilung: 200% Dividende M. 480000000
Zuteilung an die Reserve " 819000000
Zuteilung an den Dispositionsfonds der Pensionskasse " 50000000
Gewinnanteile des Aufsichtsrats und der ständigen Kommission " 59551410
Vortrag auf neue Rechnung " 1000000
M. 1409551410

Die mit Firmenstempel zu versehenen Dividendenscheine für das Jahr 1922 gelangen mit 200% (R. 1.200.— für die Aktie von M. 600.—, R. 2000.— für die von M. 1000.—, R. 2400.— für die von M. 1200.—) zur Auszahlung.